

29.06.01

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem
Arbeitsdokument der Kommission: Perspektiven und Prioritäten
des ASEM-Prozesses für die nächsten zehn Jahre (Asien-Europa-
Treffen)**

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 114340 - vom 27. Juni 2001. Das Europäische Parlament hat die Entschließung
in der Sitzung am 13. Juni 2001 angenommen.

Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Arbeitsdokument der Kommission: Perspektiven und Prioritäten des ASEM-Prozesses für die nächsten zehn Jahre (Asien-Europa-Treffen) (KOM(2000) 241 – C5-0505/2000 – 2000/2243(COS))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Arbeitsdokuments der Kommission (KOM(2000) 241 – C5-0505/2000),
 - unter Hinweis auf das dritte Asien-Treffen (ASEM), das vom 19.-21. Oktober 2000 in Seoul stattfand, und auf den Rahmen für die Zusammenarbeit Asien-Europa 2000 (AECF 2000), der die Sicht, die Grundsätze, die Ziele, die Prioritäten und die Mechanismen des ASEM-Prozesses für die nächsten zehn Jahre festlegt,
 - unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu ASEM, insbesondere auf die vom 4. Mai 1999 zum Arbeitsdokument der Kommission über Perspektiven und Schwerpunkte des ASEM-Prozesses³³, vom 4. Oktober 2000 zum dritten Asien-Europa-Gipfel (ASEM III) in Seoul³⁴ und vom 16. November 2000 zu ASEM³⁵,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik sowie der Stellungnahme des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie (A5-0207/2001),
- A. in der Erwägung, dass dieser Bericht durch den ASEM III-Gipfel vom Oktober 2000 überholt wurde und das Europäische Parlament es deshalb für notwendig erachtet, die Entwicklungen im ASEM-Prozess zu kommentieren, und den Vorbereitungen für den ASEM IV-Gipfel entgegensieht, der für das zweite Halbjahr 2002 in Kopenhagen geplant ist,
- B. in der Erwägung, dass in der Vergangenheit unausgewogene Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den asiatischen Ländern häufig tief greifende soziale Auswirkungen verursacht und eine echte langfristige Entwicklung und eine wirkliche Partnerschaft behindert haben,
- C. in der Erwägung, dass das Ziel des ASEM-Prozesses darin besteht, eine ausgewogene Partnerschaft Asien-Europa aufzubauen, die sich auf die drei Pfeiler des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dialogs stützt,
- D. in der Erwägung, dass die Vertiefung und Verstärkung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Asien in den kommenden Jahren für die beiden Regionen sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht eine äußerst wichtige Angelegenheit sind,
- E. in der Erwägung, dass es sehr wichtig ist, im Rahmen von ASEM internationale Aktionen

³³ ABl. C 279 vom 1.10.1999, S. 5.

³⁴ Angenommene Texte Punkt 17.

³⁵ Angenommene Texte Punkt 6.

zur Förderung von Frieden, Abrüstung und Achtung der Menschenrechte auf internationaler Ebene zu fördern,

- F. in der Erwägung, dass die deutlichen Vorteile des ASEM-Prozesses für die Beziehungen Asien-Europa in dem informellen Charakter, der Multi-Dimensionalität und der hochrangigen Beteiligung liegen;
 - G. in der Erwägung, dass der ASEM-Prozess bereits zu einer Vielzahl wirtschaftlicher, politischer und kultureller Treffen, Foren und Sub-Prozesse geführt hat;
 - H. im Bedauern über die Tatsache, dass die EU-Mitgliedstaaten keine Visa für private Besuche des Präsidenten, Vizepräsidenten, Premierministers, Außenministers und Verteidigungsministers von Taiwan ausstellen;
 - I. in Anbetracht der positiven Rolle, die China bei der Überwindung der Finanzkrise der asiatischen Wirtschaft im Jahr 1998 durch die Nichtabwertung des Yuan gespielt hat;
 - J. in der Erwägung, dass ASEM künftig ein Forum für die informelle Beobachtung, die Erörterung und möglichst auch die Lösung von Konflikten darstellen sollte, die die Anwendung und Durchsetzung von WTO-Rechten und -Pflichten betreffen, bevor man sich an die förmlichen und öffentlichen Streitbeilegungsmechanismen der WTO selbst wendet;
 - K. in der Erwägung, dass die Entwicklung eines wirksamen und durchsetzbaren Gesetzes über das Privateigentum, einer nichtdiskriminierenden und entpolitisierten Anwendung der Rechtsstaatlichkeit und die allgemeine Anwendung grundlegender Menschen-, Bürger- und politischen Rechte die unabdingbaren Voraussetzungen für den Aufbau echter, funktionierender Demokratien sind, unabhängig von den verfassungsmäßigen Vorkehrungen; in der Erwägung, dass dies die allerwichtigsten Prinzipien sein sollten, an denen sich die künftige Arbeit von ASEM ausrichtet;
 - L. in der Erwägung, dass Japan eine Krise durchmacht, die die Schwerste seit Ende des Zweiten Weltkriegs ist, und mit der Feststellung, dass diese Situation schwer wiegende Auswirkungen hat, da sie verhindert, dass Japan uneingeschränkt die Rolle spielt, die ihm bei der Förderung der Demokratie und der Wirtschaftsentwicklung auf dem gesamten asiatischen Kontinent zukommt;
 - M. in der Besorgnis, dass das Fehlen regionaler Sicherheitsregime die Zunahme innerstaatlicher ethnischer und religiöser Spannungen und zwischenstaatlicher Konflikte erhöht, und die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologien Stabilität und Frieden in der Region untergräbt,
- 1. fordert die Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, sich bei jedem wichtigen Treffen und auf allen Ebenen des ASEM-Prozesses mit allem Nachdruck für die in den Erwägungsgründen dieser Entschliebung angeführten Grundsätze und Ziele einzusetzen, und fordert die Kommission auf, dem Europäischen Parlament spätestens sechs Monate vor jedem ASEM-Gipfel Bericht über die bisher auf jedem Gipfel erzielten Fortschritte zu erstatten;
 - 2. begrüßt die Verpflichtung der führenden ASEM-Politiker auf dem Gipfel von Seoul, sich für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen, und fordert sie mit

Nachdruck auf, diese Punkte als Kernbestandteil der asiatisch-europäischen Zusammenarbeit und des diesbezüglichen Dialogs auf der politischen, wirtschaftlichen (vor allem handelspolitischen) oder kulturellen Ebene zu intensivieren und diese Verpflichtungen in die wichtigsten ASEM-Dokumente und -Sitzungen aufzunehmen;

3. begrüßt die während des ASEM III-Gipfels in Seoul im Asia-Europe Cooperation Framework (AECF) festgelegten Ziele im sozialen, kulturellen und Bildungsbereich, und fordert die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten auf, diese mit Leben zu erfüllen;
4. unterstreicht die Bedeutung für die Europäische Union, die Demokratie und den Rechtsstaat zu fördern, und fordert deshalb, dass jeglicher Fortschritt des ASEM-Prozesses im Bereich des wirtschaftlichen Dialogs mit Fortschritten im Bereich des politischen Dialogs einhergehen muss, um die Achtung der demokratischen Grundprinzipien in allen an diesem Prozess beteiligten Ländern zu erreichen;
5. erkennt an, dass der ASEM-Prozess bislang gezeigt hat, wie nützlich er als Forum für einen aktiven und konstruktiven Dialog ist; ist jedoch der Auffassung, dass der Dialog zwischen der Europäischen Union und Asien verstärkt werden muss, um diesen Prozess voran zu bringen;
6. hält es im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele des ASEM-Prozesses für erforderlich, auf die Einhaltung der bei den Asien-Europa-Treffen getroffenen Vereinbarungen zu bestehen; fordert daher die Kommission auf, vor jedem Treffen eine Untersuchung darüber anzustellen, inwieweit die bis zu dem jeweiligen Zeitpunkt eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden, und das Parlament darüber zu unterrichten;
7. fordert die Mitglieder des ASEM-Prozesses mit Nachdruck auf, den politischen Dialog über Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fortzusetzen und zu intensivieren, um die gemeinsame Basis für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten untereinander und mit Drittländern zu verstärken;
8. fordert Rat und Kommission auf, sich auf internationalen Foren und namentlich in der UNO gemeinsam für Frieden, Abrüstung und Stärkung der Menschenrechte und die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit einzusetzen;
9. fordert den Ratsvorsitz auf, die Prüfung der im Bereich Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemachten Fortschritte auf die Tagesordnung jedes ASEM-Gipfeltreffens zu setzen;
10. fordert die verantwortlichen ASEM-Politiker auf allen Ebenen auf, jeden Staat, der die Menschenrechte, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit nicht respektiert, als Mitglied oder Beobachter von der Teilnahme an Gipfeln, Treffen und Programmen auszuschließen;
11. begrüßt die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Prioritäten des Gipfels ASEM III von Seoul, insbesondere
 - die Absicht, den ASEM-Dialog und die Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen weiterzuentwickeln;
 - die Verpflichtung von ASEM, sich mit globalen Fragen von allgemeinem Belang zu

befassen, wie beispielsweise Migrationsströme, Bekämpfung transnationaler Verbrechen, illegaler Drogenhandel, internationaler Terrorismus und Piraterie, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Schutz von Frauen und Kindern, Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung, der Lebensmittelsicherheit und -versorgung;

12. fordert den Rat und die Kommission auf, umfassende Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die eine wirksame Bekämpfung der wichtigsten Infektionskrankheiten, die in diesen Ländern wüten (Aids, Tuberkulose und andere), ermöglichen;
13. fordert den Rat und die Kommission auf, die Annahme von Maßnahmen zur Gewährleistung der Rechte der Frauen, der Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts und der Bekämpfung der weiblichen Prostitution sicherzustellen;
14. unterstreicht, wie wichtig es ist, bei der Festlegung neuer Ziele und Prioritäten die gemeinsamen Grundsätze bei der Bekämpfung der Armut, eine vernünftige Staatsführung, die Achtung der Grundrechte und der Umwelt sowie die Achtung der Weltwirtschaftsordnung zu berücksichtigen;
15. fordert die Kommission auf, einen neuen Vorschlag für die Vorbereitung des ASEM IV-Gipfels vorzulegen, der im Jahr 2002 in Kopenhagen stattfinden soll, und zwar als Folgedokument des Arbeitsdokuments mit dem Titel „Perspektiven und Prioritäten des ASEM-Prozesses für die nächsten zehn Jahre“, wobei die positiven und negativen Aspekte des ASEM III-Gipfels sowie die darauf folgenden Vorschläge des Europäischen Parlaments berücksichtigt werden sollten;
16. hält es für notwendig, dass beide Regionen ihre Bemühungen koordinieren, um einen umfassenderen sozialen Dialog einzuleiten, der auch Fragen wie die nachhaltige Entwicklung und den Schutz der Umwelt, die Beschäftigung, die Kinderarbeit und den Sozialschutz aufgreift; vertritt die Auffassung, dass die Regierungen der dem ASEM angehörenden Länder die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer respektieren müssen;
17. fordert Rat und Kommission auf, Maßnahmen in die Wege zu leiten, um zur Einhaltung der Vereinbarungen und Entschließungen der IAO zum Schutz des demokratischen und freien Gewerkschaftswesens, der Lohngarantien, Tarifverhandlungen und Rechte der Arbeitnehmer ermöglichen;
18. fordert die Kommission und den Rat auf, ihre Bemühungen zu intensivieren, um eine Ausweitung von ASEM auf weitere asiatische Länder, insbesondere Indien, zu erreichen und zu prüfen, ob ASEM eventuell auch Australien und Neuseeland offen steht;
19. empfiehlt, dass der politische Pfeiler des ASEM-Prozesses auch einen umfassenden Ansatz in Bezug auf Konfliktprävention und friedenserhaltende Maßnahmen umfassen sollte, beispielsweise durch Unterstützung des politischen Dialogs zwischen Nord- und Südkorea sowie zwischen der Volksrepublik China und Taiwan zur Taiwan-Frage;
20. hebt die politische Bedeutung der Erklärung von Seoul für den Frieden auf der koreanischen Halbinsel hervor, die es uneingeschränkt unterstützt, und hofft, dass alle ASEM-Mitglieder, sowohl die europäischen als auch die asiatischen, die Bemühungen der verantwortlichen Politiker der beiden Koreas, neue Schritte der Annäherung zwischen

ihnen einzuleiten, weiterhin unterstützen;

21. fordert alle am ASEM-Prozess Beteiligten zu einem intensiven politischen Dialog über die Lage im Nahen Osten, die Situation in Afghanistan sowie die innerstaatlichen ethnischen und religiösen Konflikte in Asien, insbesondere Indonesien, Sri Lanka und Indien, auf;
22. ist der Auffassung, dass die Europäische Union nach Jahren der allzu wohl wollenden Haltung gegenüber der Bevölkerungspolitik der Volksrepublik China heute unmissverständlich sowohl die totale Unwirksamkeit dieser Politik als auch die Tragödie in Bezug auf die Grundrechte anprangern muss, die sie beinhaltet hat und immer noch beinhaltet;
23. betont, dass der wirtschaftliche Pfeiler des ASEM-Prozesses durch gemeinsame Bemühungen aller ASEM-Staaten gestärkt werden sollte, um die Finanzmärkte zu stabilisieren und den WTO-Prozess zu verbessern, und unterstreicht die zentrale Bedeutung des asiatisch-europäischen Wirtschaftsforums für diese Entwicklung;
24. besteht auf der Notwendigkeit, dass die Staats- und Regierungschefs der ASEM-Länder ihre Bemühungen um eine Reform des internationalen Finanzrahmens vereinen, um zu vermeiden, dass sich solche Finanzkrisen wie in Südost-Asien wiederholen können;
25. weist auf die Bedeutung und das gemeinsame Interesse sowohl der Europäischen Union als auch der ASEM-Länder hin, bei Themen im Zusammenhang mit dem Aktionsplan zur Förderung des Handels (TFAP) und dem Aktionsplan zur Förderung der Investitionen (IPAP) eng zusammenzuarbeiten und diesbezügliche Initiativen zu fördern;
26. betont die Notwendigkeit, spezifische Maßnahmen zur Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen beider Regionen, insbesondere in jenen Sektoren, die im kommenden Jahrzehnt eine Schlüsselstellung einnehmen werden, zu fördern;
27. fordert den Rat und seine Mitgliedstaaten auf, dem Präsidenten und der Regierung von Taiwan Visa auszustellen, damit sie privat in die Europäische Union einreisen können;
28. ist der Ansicht, dass der kulturpolitische Pfeiler des ASEM-Prozesses in hohem Maße von einem umfassenderen Dialog zwischen den Zivilgesellschaften der ASEM-Mitgliedstaaten sowie von einem erweiterten Austausch auf privater Ebene profitieren wird;
29. begrüßt die in Seoul eingegangene Verpflichtung, den Austausch von Studierenden zwischen den beiden Regionen im Laufe der nächsten zehn Jahre zu verfünffachen, und vertritt die Ansicht, dass im Rahmen dieses Austauschs die Möglichkeit von Praktika in Unternehmen vorgesehen sein sollte;
30. fordert, dass diese Prioritäten beim Arbeitsprogramm des ASEF eingehalten werden und dass die Vertreter der Sozialpartner einbezogen werden; fordert ferner, dass im Rahmen des ASEF Programme zur Verbesserung der Situation der Frauen entwickelt werden;
31. fordert die ASEM-Staaten auf, dem Kyoto-Protokoll beizutreten und dieses in ihren Ländern rasch umzusetzen;
32. nimmt die Arbeit des asiatisch-europäischen Zentrums für Umwelttechnologie (AEETC) in Thailand seit seiner Eröffnung im Jahr 1999 zur Kenntnis und schlägt vor, dass dieser

Bereich eine Hauptpriorität im ASEM-Prozess sein sollte und eine Schlüsselrolle beim Mobilisieren globaler Aktionen spielen könnte;

33. hält es für angezeigt, den Dialog im Bereich der Wissenschaft und technologischen Entwicklung entsprechend der Schlussfolgerungen der ASEM-Ministerkonferenz von Peking sowie im Bereich der neuen Technologien zu vertiefen;
34. fordert, dass die erforderlichen Maßnahmen verabschiedet werden, um die Beschlüsse von Seoul bezüglich der Schaffung eines transeurasischen Informationsnetzes in die Praxis umzusetzen.
35. wünscht die Stärkung der parlamentarischen Zusammenarbeit im ASEM-Prozess als Schlüssel für den politischen Dialog, und unterstreicht in diesem Zusammenhang seine Forderung, dass die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente der asiatischen Länder im ASEM-Prozess klar definiert wird;
36. fordert eine Fortsetzung des politischen Dialogs zwischen ihm und den Parlamenten der asiatischen Länder zur Unterstützung des ASEM-Prozesses dadurch, dass das Zweite Parlamentarische Treffen Asien-Europa (ASEP II) in Asien vor dem ASEM IV-Gipfel der Staatschefs in Europa im Jahr 2002 anberaumt wird;
37. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der ASEM-Länder zu übermitteln.